



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

### Angriff auf Eigentumsordnung der Sparkassen abwehren

**Berlin, 29.09.2006:** Zur Einbringung des Antrags der Koalitionsfraktionen "Deutscher Finanzdienstleistungsmarkt im Wandel - Bezeichnungsschutz für Sparkassen erhalten" erklärt die **Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD):**

Es wurde Zeit, dass der Deutsche Bundestag zur andauernden Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission um die Eigentumsordnung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen eindeutig Stellung nimmt. Der Artikel 295 EG-Vertrag sieht vor, dass die Eigentumsordnung in den Mitgliedstaaten unberührt bleibt. Dies gilt insbesondere für Dienstleistungen nach Artikel 16 EG-Vertrag. Die nationalen Parlamente entscheiden also selbst, ob Dienste im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse von öffentlichen oder privaten Unternehmen übernommen werden sollen. Das gilt auch für das Kreditwesengesetz, in dem die drei Säulen des deutschen Kreditwesens, nämlich (Privat)-Banken, Volksbanken und Sparkassen definiert und deren Namen vor Missbrauch geschützt werden. Das heißt, wo Sparkasse draufsteht, muss auch Sparkasse drin sein.

Die Eigentumsordnung der Sparkassen und deren Namensschutz fallen ausdrücklich nicht in die Zuständigkeiten der europäischen Union. Daher bleibt der Beihilfefall der früheren Berliner Bankgesellschaft mit der integrierten Berliner Sparkasse ein durch besondere Umstände gekennzeichneter Einzelfall, der isoliert behandelt werden muss. Die EU-Beihilfeentscheidung, dass die An-



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

teile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft nach erfolgreicher Sanierung diskriminierungsfrei verkauft werden, liefert allerdings keine Begründung für die Forderung der EU-Kommission, Sparkassen mit ihrem geschützten Namen generell zur Privatisierung frei zu geben. Das Beihilfeverfahren darf nicht als Hebel missbraucht werden, dem seit Jahren schwelenden Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen den Namensschutz der Sparkasse eine beispielhafte Grundlage zu geben.

Seit Jahren versuchen Anhänger ungebremster Marktmacht, die Sparkassen für die Übernahme durch Privatbanken sturmreif zu schießen und gefährden so den Konsens über die Notwendigkeit des Drei-Säulen-Modells im deutschen Kreditwesen. Dadurch sollen folgenschwere Fehler der Privatbanken, wie der Rückzug aus der Fläche und damit aus dem Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft ausgeglichen werden. Die Übernahme interessanter Sparkassen würde das Vertriebsnetz der Privatbanken verbessern. Verloren gegangenes Terrain auf dem Feld der Privatkunden und des Mittelstandes müssen die Privatbanken allerdings aus eigener Kraft zurückgewinnen und nicht durch unverantwortliche Verwüstung des Sparkassensektors.

Bei allen internationalen "Bankenstresstests" zum Beispiel durch IWF haben die deutschen Sparkassen am krisensichersten abgeschnitten. Die Sparkassen und der Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe sind mit rund 650 Unternehmen, über 377.000 Mitarbeitern und einer kumulierten Bilanzsumme von 3,2 Billionen Euro nicht nur der größte Anbieter am deutschen Bankenmarkt. Sie tragen auch wesentlich zu den Stärken des Finanzstandortes und damit des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei.

Die Sparkassen sind der wichtigste Financier der mittelständischen Unternehmen in Deutschland und tragen mit ihrer lokalen Verwurzelung und regionalen Gebundenheit maßgeblich zur



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

gleichmäßigen Entwicklung in Deutschland bei. Während andere Banken sich in den letzten Jahren zunehmend aus dem Kreditgeschäft zurückgezogen haben, haben Sparkassen im Verbund mit den Landesbanken ihren Marktanteil in der Unternehmensfinanzierung auf 43 Prozent ausgebaut. Jede zweite Existenzgründung in Deutschland wird durch eine Sparkasse finanziert. Und auch die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen finden in den Sparkassen ihr Kreditinstitut, acht von zehn Empfängern staatlicher Transferleistungen haben ein Konto bei einer Sparkasse: Die Sparkassen sind mit Abstand führend bei der Bereitstellung eines "Girokontos für Jedermann".

Der deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihren Anstrengungen, eine Aushöhlung der Sparkassenstrukturen durch die EU-Kommission abzuwehren. Der Paragraph 40 des Kreditwesengesetzes wird nicht zur Disposition gestellt. Sachwalter der Eigentumsordnung für den deutschen Kreditsektor ist ausschließlich der Deutsche Bundestag.